



Wir Steirer

FISCHBACH
KONKRET . KRITISCH . FREIHEITLICH
www.fpoe-stmk.at

Werte Bevölkerung von Fischbach, Falkenstein und Völlegg! Alle 14 Tage Geldauszahlung für Bürgermeisterin Silvia Karelly

Wie bereits mehrmals erwähnt, steht die Arbeit von Silvia Karelly als Gemeindevizepräsidentin außer Zweifel.

Am Monatsersten wird die Aufwandsentschädigung als Bürgermeisterin in der Höhe von rund 4.146 Euro brutto ausbezahlt. Diese Summe ergibt sich aus der monatlichen Entschädigung von 3.554 Euro Mal 14 - weil 14 Mal jährlich ausbezahlt - dividiert durch zwölf Monate. Das Gehalt als Gemeindevizepräsidentin wird 14 Tage später angewiesen.

Nachfolgende Beträge sind ebenfalls 14 Mal gerechnet und durch zwölf Monate dividiert.

- Vizebürgermeister und Gemeindevizepräsident: rund 1.244 Euro brutto
- Gemeindevizepräsident, wenn selbst Kassaführender: rund 2.073 Euro brutto

Dazu kommt für die Bürgermeisterin der monatliche Beitrag der Gemeinde für die Bürgermeisterversicherung in der Höhe von 945 Euro - ebenfalls 14 Mal jährlich, dividiert durch zwölf Monate. Es ist nicht mehr notwendig - so wie früher -, zehn Jahre lang Bürgermeisterin zu sein, um hierfür eine Pension zu bekommen. Derzeit zählt jeder Monat als Bürgermeisterin für die Berechnung.

Bürgermeisterpension

Diese sogenannte Bürgermeisterversicherung wird nicht mehr extra ausbezahlt. Sie kommt zur ersten Pension als Gemeindevizepräsidentin als zweite Pension dazu. Das bedeutet: Mit jedem Monat der Ausübung des Amtes der Bürgermeisterin erhöht sich die Pension als Gemeindevizepräsidentin.

ekretärin. Ob in diesem Fall noch eine dritte Pension aus der Land- und Forstwirtschaft bezogen wird, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wir kritisieren nach wie vor, dass Bürgermeisterin Silvia Karelly auch dann für ihre Arbeit als Gemeindevizepräsidentin bezahlt wird, wenn sie nicht als Gemeindevizepräsidentin arbeitet. Dies betrifft etwa Fahrten nach Graz, Bauverhandlungen oder Gespräche mit Firmen. Eine Stundenaufzeichnung für diese Tätigkeiten hat Silvia Karelly bislang nicht vorgelegt.

Keine Politikerpension für Hermann Reindl

Es wird nochmals darauf hingewiesen, dass Gemeindevizepräsident Hermann Reindl in seiner Zeit als Abgeordneter zum Nationalrat nur die Hälfte seines Gehalts als Polizeibeamter bezogen hat, da die Wochenarbeitszeit auf 50 Prozent herabgesetzt war. Aus der Abgeordnetentätigkeit steht ihm keine Pension zu.

Teilzeitbeschäftigung als Gemeindevizepräsidentin

Grundsätzlich vertreten wir folgende Meinung: Entweder Sekretärin oder Bürgermeisterin!

Es wäre jedoch angebracht, wenn Silvia Karelly ihre Arbeitszeit als Sekretärin zumindest um die Hälfte herabsetzen würde. Dann hätte auch eine andere Person eine Halbtagsbeschäftigung. Es gibt in unserer Gemeinde genügend hoch qualifizierte, junge Frauen, die glücklich



über eine Teilzeitbeschäftigung wären, um später zumindest einen Anspruch auf eine einzige Pension zu haben. Wenn die Bürgermeisterin immer wieder angibt, eine Halbtagsbeschäftigung sei für sie nicht möglich, so stimmt das nicht. Auch andere Gemeindevizepräsidenten sind nur halbtags beschäftigt.

Bürgermeisterwechsel in den Nachbargemeinden

In letzter Zeit hat es auch in Strallegg und in Birkfeld einen Wechsel der Bürgermeister (beide ÖVP) gegeben. In beiden Gemeinden wurde vorher alles im Gemeinderat besprochen. Warum war das in Fischbach nicht möglich? Wenn man alles vorher besprochen hätte, dann hätte bei der Angelobung der Bürgermeisterin niemand den Sitzungssaal verlassen. Warum musste alles hintenherum geschehen?

Liebe Frau Bürgermeisterin! Es ist nicht fair, die Schuld nur bei den Freiheitlichen zu suchen und sich bei allen möglichen Personen - bis hin zum Landeshauptmann - über die Freiheitlichen zu beschweren. Vernünftiger wäre es, den Fehler bei sich selbst und bei der eigenen Partei zu suchen.

**Ihr
 Gemeindevizepräsident
 Hermann Reindl
 Abgeordneter zum
 Nationalrat a. D.**



Poststelle im Gemeindeamt

Nachdem sich sowohl die ÖVP als auch die SPÖ fälschlicherweise damit rühmen, die Poststelle nach Fischbach gebracht zu haben, ist es erforderlich, Folgendes klarzustellen: Außer Gemeindegassier Hermann Reindl hat niemand in irgendeiner Form mit der Österreichischen Post AG Kontakt aufgenommen, damit eine Poststelle errichtet wird. Dies wurde von den Verantwortlichen der Österreichischen Post AG am 23. Juli 2018 auf dem Gemeindeamt ausdrücklich bestätigt. Gemeindegassier Hermann Reindl schilderte der Österreichischen Post AG im April 2018 die Situation in Fischbach und bat zugleich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Gibt es eine Möglichkeit, im Gemeindeamt 8654 Fischbach wiederum eine Postservicestelle einzurichten?
- Welche Voraussetzungen müssten dazu vorhanden sein?



• Wie sind die Bargeldgebarung, die Auszahlung von Sparguthaben und dergleichen an PSK-Kunden geregelt?

Es ist unfair und unseriös, wenn Bürgermeisterin Silvia Karelly in den Medien behauptet, die SPÖ hätte sich darum bemüht. Ebenso unfair und unseriös ist es, wenn sich die SPÖ im Gegenzug bei der ÖVP-Bürgermeisterin für ihren Einsatz für die Poststelle bedankt. Soweit bekannt ist, hat weder die Bürgermeisterin - die bekanntlich eine große Geg-

nerin der Poststelle war - noch jemand von der SPÖ ein Schreiben, eine E-Mail, ein Fax oder ein Telefongespräch für die Installierung einer Poststelle im Gemeindeamt getätigt.

Da Gemeindegassier Hermann Reindl stets um eine gute Zusammenarbeit mit der ÖVP sowie mit der SPÖ im Gemeinderat bemüht ist, hat er im April 2018 auch zu einem Drei-Parteien-Gespräch mit Vertretern der Österreichischen Post AG im Gemeindeamt eingeladen.

Die SPÖ und die Poststelle

In der Wahlwerbung aus dem Jahre 2015 hat die SPÖ versprochen, sich für die Wiedereröffnung der Poststelle einzusetzen. Bis zum April 2018 sind mehr als drei Jahre vergangen. In dieser Zeit hat die SPÖ - soweit mir bekannt ist - kein einziges Telefongespräch, kein einziges Schreiben, kein einziges Fax und keine einzige E-Mail für die Poststelle in Fischbach an die Österreichische Post AG gerichtet. In dieser Zeit wurde anscheinend kein einziger Finger seitens der SPÖ für die Poststelle in Fischbach gerührt.

Wir Freiheitliche hingegen machen keine leeren Versprechungen: Wir tun tatsächlich etwas.

Viele Bürger unserer Gemeinde, vorwiegend ältere Menschen, haben sich bei mir für mein Bemühen um die Poststelle

bedankt und ihre Enttäuschung über das Verhalten von Bürgermeisterin Silvia Karelly zum Ausdruck gebracht.

Von Bürgermeisterin Silvia Karelly wurde im letzten Teufelsteinkurier mit keinem einzigen Wort erwähnt, dass ich die Poststelle nach Fischbach zurückgebracht habe.

Sie grenzt die Freiheitlichen bewusst aus. Das war in unserer Gemeinde noch nie der Fall. Früher hat es Zusammenarbeit gegeben. Unter Bürgermeisterin Silvia Karelly gibt es leider wohl nur Ausgrenzung.

Die Antipathie der Bürgermeisterin gegenüber der FPÖ geht sogar so weit, dass sie einem FPÖ-Gemeinderat, der aus dem Gemeinderat ausgeschieden ist und sich von der FPÖ-Wahlliste strei-



chen ließ, schriftlich „Anerkennung und Respekt“ für diese Haltung aussprach. Dazu ist jeder Kommentar überflüssig.

Als ehemaliger Abgeordneter zum Nationalrat nutze ich gerne meine Beziehungen zu den maßgebenden Personen in Graz, Wien und Brüssel, um Einzelpersonen zu helfen und um für die Gemeinde das Bestmögliche zu erreichen. Auch wenn mich die Bürgermeisterin ausgrenzt: Ich arbeite dennoch mit voller Kraft gemäß dem Motto „Ich helfe allen Bürgern“ weiter.

**Ihr Gemeindegassier Hermann Reindl
Abgeordneter zum Nationalrat a. D.**

Ohne Vergleichsangebote

Versicherung der neuen Gemeindefahrzeuge und Vergabe von Tischlerarbeiten



Versicherungen von Gemeinde-Lkws, Gemeindetraktoren etc. werden von Bürgermeisterin Silvia Karelly anscheinend ohne weitere Angebots-einholung vergeben - in letzter Zeit mit einer Versicherungsprämie von mehr als 6.600 Euro. Wir haben in unserer Gemeinde jedoch mehrere Versicherungsvertreter.

Weiters wurden im Schulbereich anscheinend Tischlerarbeiten im Ausmaß von 9.000 Euro ohne Ausschreibung und ohne ein Vergleichsangebot vergeben.

So geht man mit Steuergeld nicht um. Wir Freiheitliche sind für Zusammenarbeit, jedoch gegen diese Freunderlwirtschaft.

Wollen Sie unsere
freiheitlichen
Ideen unterstützen?

**JETZT
MITGLIED
WERDEN**

Wollen Sie sich
beteiligen oder haben Sie ein
Anliegen, das Ihnen wichtig ist?

**Herzlich willkommen!
Bei uns sind Sie richtig!**

Hier kann sich jeder nach seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten einbringen. Egal, ob regelmäßig oder sporadisch, aktiv oder einfach nur, um unserer Gemeinschaft anzugehören:

Wir freuen uns auf Sie.

www.fpoe-stmk.at

Betreutes Wohnen

Wohnungsvergabe durch die Bürgermeisterin



Im Wohnhaus Betreutes Wohnen wurde eine Wohnung frei, für die sich ein Fischbacher Bürger, der eine feuchte Gemeindefahrt bewohnt, interessierte. Vermutlich um den Einheimischen abzuwimmeln, wurde ihm von Bürgermeisterin Silvia Karelly die Auskunft erteilt, dass er sich in Pension befinden müsse, um eine Wohnung im Wohnhaus Betreutes Wohnen beziehen zu können.

Eine Nachfrage von Gemeindegassier Hermann Reindl beim Sozialmedizinischen Pflegedienst in Graz ergab jedoch, dass diese Auskunft der Bürgermeisterin schlichtweg falsch ist.

Richtig ist vielmehr, dass als Voraussetzung für „Betreutes Wohnen für Senioren“ lediglich das vollendete 54. Lebensjahr erforderlich ist. Ob sich die entsprechende Person in Pension befindet oder nicht, ist jedenfalls kein Kriterium.

Ein Antrag im Gemeindevorstand von Gemeindegassier Hermann Reindl, dass Wohnungen im Wohnhaus Betreutes Wohnen solange ausschließlich an Fischbacher Bewerber vergeben werden sollen, solange solche auf der Warteliste stehen, wurde von Bürgermeisterin Silvia

Karelly sowie von Vizebürgermeister Christoph Brunnhofer - beide ÖVP - abgelehnt. Begründung: Die Fördervoraussetzungen für das Betreute Wohnen sind zu berücksichtigen.

Das ist fadenscheinig. Die Fördervoraussetzungen sind für Auswärtige und für Bewerber aus Fischbach die gleichen.

FPÖ-Bezirksbüro Weiz

Lederergasse 12 · 8160 Weiz
Telefon: 03172 / 30 6 54
E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at



**Nicol Prem,
Bezirkssekretärin
Mobil:
0664 / 35 28 059**



**Kerstin Fasching,
Bezirkssekretärin
Mobil:
0664 / 43 55 150**

Öffnungszeiten:

MONTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
DIENSTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
MITTWOCH: 13:00 Uhr bis 18:00 Uhr
DONNERSTAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr
FREITAG: 08:00 Uhr bis 13:00 Uhr

**Stets um Ihre Anliegen bemüht:
die Gemeinderäte der FPÖ**



**Gemeinderat
Andreas Köberl**



**Gemeinderat
Hubert Wetzelhütter**



**Gemeinderat
Johann Breitegger**



Haben Sie ein Anliegen?
Rufen Sie mich einfach an!
Telefon: 0664 / 30 38 070
**Gemeindegassier
Hermann Reindl**
Abgeordneter zum Nationalrat a. D.

Verteidigungsminister Mario Kunasek nach Fischbach eingeladen

Der Österreichische Kameradschaftsbund (ÖKB), Ortsverband Fischbach feiert am 07. Juli 2019 sein 100-jähriges Bestandsjubiläum. Aus diesem Anlass hat Gemeindegassier Hermann Reindl bei einem persönlichen Treffen den Bundesminister für Landesverteidigung und FPÖ-Landesparteiobmann Mario Kunasek nach Fischbach eingeladen. Der Termin wurde Bundesministerium für Landesverteidigung bereits fix eingetragen. Somit können wir in Fischbach erstmalig einen Verteidigungsminister begrüßen: eine Aufwertung für die gesamte Veranstaltung. Vom ÖKB werden selbstverständlich

auch Politiker der ÖVP sowie der SPÖ eingeladen.



v. l.: Gemeinderat Andreas Köberl, Bundesminister für Landesverteidigung und Landesparteiobmann der FPÖ Steiermark Mario Kunasek sowie Gemeindegassier Hermann Reindl im Gespräch.

Osterhasenkirtag in Fischbach

Der Abgeordnete zum Landtag Steiermark und FPÖ-Bezirksparteiobmann Erich Hafner, der Klubobmann des Freiheitlichen Landtagsklubs, Abgeordneter zum Landtag Steiermark und Landesparteiobmann Mag. Stefan Hermann, MBL, Gemeindegassier Hermann Reindl sowie Gemeinderat Hubert Wetzelhütter (v. l.) besuchten gemeinsam den Osterhasenkirtag in Fischbach. Mit den Abgeordneten wurde dabei die Problematik der Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Ausübung der Tätigkeit als Gemeinde-



sekretärin und jener als Bürgermeisterin besprochen. Da es sich um eine landesgesetzliche Regelung handelt, kann nur der Landtag Steiermark eine Gesetzesänderung herbeiführen. Daher wird es im Landtag Steiermark seitens der FPÖ weitere Initiativen in diese Richtung geben.



**Leistbares Wohnen
für unsere Leut'.**

Mario Kunasek
Bundesminister für Landesverteidigung
FPÖ-Landesparteiobmann

